

Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

Inhaltsverzeichnis

- 1 Klimawandel: Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008**
- 6 Müttergesundheit muss Priorität bekommen**
Weltkonferenz zur Müttersterblichkeit
- 8 Soziale Absicherung als Weg aus der Armut**
Internationale Fachtagung in Berlin, September 2007
- 9 Menschliche Entwicklung braucht soziale Sicherheit**
Social Watch Report 2007
- 10 Unterwegs in Afrika**
Flucht und Migration nehmen zu
- 12 Weltgesundheitsbericht 2007**
- 12 Karikaturenwettbewerb Afrika**

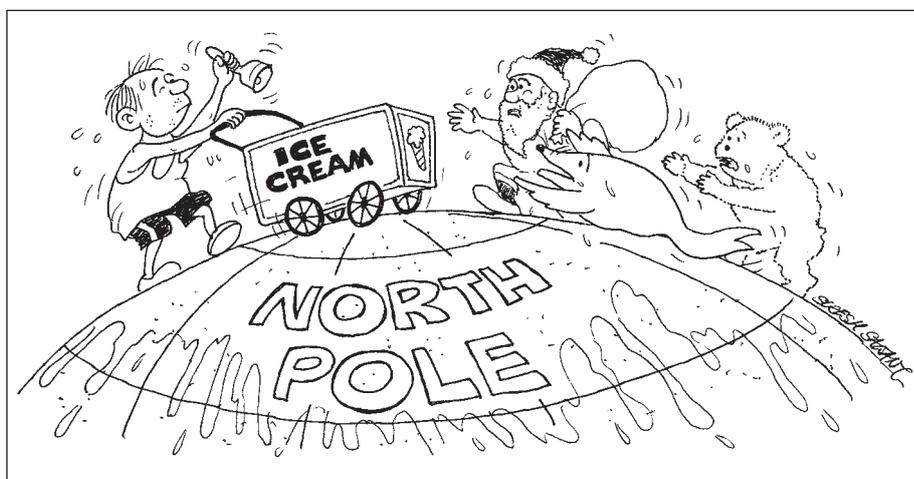
Klimawandel: Wachsende Gefahr einer „ökologischen Schuldenkrise“

Bericht über die menschliche Entwicklung (HDR) 2007/2008

Dass der Klimawandel sowohl real stattfindet als auch vom Menschen verursacht ist, wird inzwischen weitgehend akzeptiert. Doch das Bewusstsein für die Dringlichkeit des Handelns ist noch nicht so verbreitet. Dafür will nun der neue Bericht über die menschliche Entwicklung (HDR) international „Kampfgeist“ wecken. Unter dem Titel „Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt“ stellt das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) die Auswirkungen zunehmender Klimarisiken auf die verletzlichsten Menschen dieser Welt in den Vordergrund, untersucht Anpassungsstrategien und Handlungsoptionen und gibt konkrete Empfehlungen ab.

„Es ist keine Zeit zu verlieren“, machte Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Berichts Ende November in Berlin deutlich. Der Welt verbleibt kaum ein Jahrzehnt, um das Ruder herumzureißen, heißt es im HDR 2007/2008, der die Klimadebatte um starke entwicklungspolitische Argumente bereichert. Zugleich rückt der Bericht den Klimawandel in den Mittelpunkt entwicklungspolitischer Anstrengungen um die Bekämpfung der

Armut. Denn der Klimawandel droht die Freiheiten der Menschen auszuhöhlen und ihre Wahlmöglichkeiten einzuschränken, und er erschwert die Bemühungen, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Bei einem Temperaturanstieg von ca. zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau werde der Schwellenwert liegen. Wird diese Schwelle überschritten, bestehe die Gefahr, dass der Klimawandel zu extremen Rückschlägen bei der menschlichen Entwicklung führt.



Suresh Sawant, Mumbai

Risiken für die menschliche Entwicklung

Unter anderem werden in dem Bericht folgende Gefahren für die menschliche Entwicklung identifiziert: Landwirtschaftliche Systeme könnten zusammenbrechen, da sie immer stärker Dürren, steigenden Temperaturen und unregelmäßiger auftretenden Niederschlägen ausgesetzt sein werden. Bis zu 600 Millionen Menschen

zusätzlich könnten dadurch der Gefahr der Unterernährung ausgesetzt sein. Die semiariden Gebiete in Afrika südlich der Sahara, in denen sich die Armut besonders konzentriert, laufen Gefahr, bis 2060 etwa 26 Prozent ihrer Produktivität einzubüßen. Zusätzliche 1,8 Milliarden Menschen werden mit Wasserknappheit konfrontiert sein. In Folge der schrumpfenden Gletscher und veränderten Niederschlagsmuster stehen große Gebiete in Südasien und

Nordchina vor einer schlimmen ökologischen Krise. Aufgrund von Überschwemmungen und Tropenstürmen könnten bis zu 332 Millionen Menschen an den Küsten und in niedrig gelegenen Regionen ihr Zuhause verlieren. Über 70 Millionen Bangladescher, 22 Millionen Vietnamesen und sechs Millionen Ägypter könnten von Überschwemmungen betroffen sein, die mit der Erderwärmung zusammenhängen. Die Gesundheitsrisiken nehmen zu. Zum Beispiel könnten bis zu 400 Millionen Menschen mehr der Malaria-Gefahr ausgesetzt sein.

Gewinner und Schlusslichter beim Index für menschliche Entwicklung (HDI) 2007/2008

Sechs Jahre lang hatte Norwegen die Rangliste beim Index für menschliche Entwicklung (HDI) angeführt, nun liegt Island mit knappem Vorsprung auf dem ersten Platz. Die Autoren des aktuellen Berichts über die menschliche Entwicklung (HDR 2007/2008) erklären diese Veränderung mit neuen Schätzungen über die Lebenserwartung sowie den aktuellsten Daten zum Pro-Kopf-BIP.

22 Länder – sämtlich in Afrika südlich der Sahara – fallen in die Kategorie „niedrige menschliche Entwicklung“. In zehn dieser Länder werden zwei von fünf Kindern keine 40 Jahre alt werden, in Sambia sogar jedes zweite Kind. Dagegen werden von den 20 Ländern, die die vorderen Plätze belegen, nur in Dänemark und den Vereinigten Staaten weniger als neun von zehn Kindern einmal das Alter von 60 Jahren erreichen.

In den meisten Ländern, darunter auch Brasilien, China und Indien, hat sich die menschliche Entwicklung in den letzten 30 Jahren verbessert, doch manche Länder haben auch Rückschritte gemacht. Insgesamt weisen heute 16 Länder einen niedrigeren HDI-Wert auf als 1990. Drei dieser Länder – die Demokratische Republik Kongo, Sambia und Simbabwe – liegen bei der menschlichen Entwicklung sogar unter dem Stand von 1975.

Der HDI, der mit dem Erscheinen des ersten HDR1990 eingeführt wurde, bewertet den Stand der menschlichen Entwicklungen anhand der Lebenserwartung, des Alphabetisierungsgrades bei Erwachsenen und der Einschulungsrate im Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich sowie anhand des Einkommens. Dabei werden die neuesten Daten von UN-Partnerorganisationen und anderen offiziellen Quellen zugrunde gelegt. Der Index analysiert Statistiken für das Jahr 2005 aus 175 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sowie die Sonderverwaltungsregion Hongkong der VR China und die besetzten palästinensischen Gebiete. Bei der diesjährigen HDI-Rangfolge konnten 17 UN-Mitgliedstaaten – darunter Afghanistan, Irak und Somalia – nicht berücksichtigt werden, weil von den Ländern keine ausreichend verlässlichen Daten vorlagen.

Höhere Entwicklung, aber auch höhere Emissionen

Wie wichtig Energie für die menschliche Entwicklung ist, spiegelt sich auch in der Höhe des CO₂-Ausstoßes der einzelnen Länder wider. Die Länder, die beim HDI die ersten 20 Plätze belegen, stießen im Jahr 2004 mehr Kohlendioxid aus als alle Länder mit mittlerer und niedriger menschlicher Entwicklung zusammengenommen. China und Indien sind zwar die größten CO₂-Verursacher unter den Entwicklungsländern, doch ihre kombinierten Emissionen lagen 2004 niedriger als die der 32 Länder, die beim HDI am besten abschnitten. Nicht einberechnet sind hier die Vereinigten Staaten, die 2004 allein schon fast genau so viele Emissionen produzierten wie China und Indien gemeinsam.

„Anpassungs-Apartheid“

In vielen Entwicklungsländern sind die Armen schon heute verstärkt von Dürren, immer heftigeren Stürmen, Überschwemmungen und Umweltbelastungen betroffen, die es ihnen unmöglich machen, ein besseres Leben für sich und ihre Kinder aufzubauen. Zum Beispiel leiden Kinder, die in Dürrezeiten auf die Welt kommen, häufig unter Gesundheitsproblemen und Wachstumsstörungen, wodurch in ihrem späteren Leben ihre Erwerbsmöglichkeiten eingeschränkt sind. In Äthiopien, so wird in dem Bericht festgestellt, sind Kinder, die in ihrer frühen Kindheit einer Dürre ausgesetzt waren, mit einer um 36 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit fünf Jahre später unterernährt – eine

Grafik

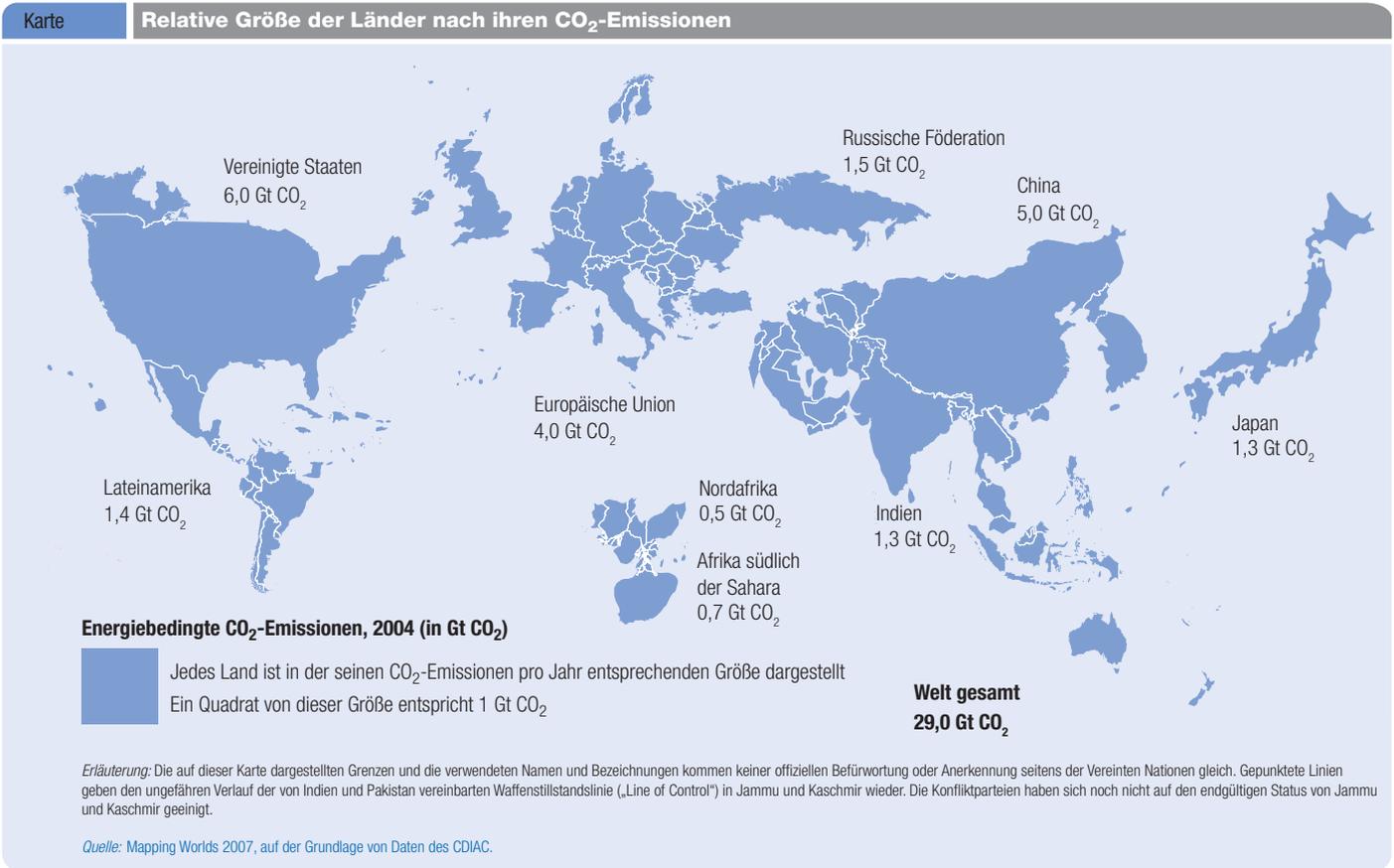
Der Klimawandel wird der Landwirtschaft der Entwicklungsländer schaden

Veränderung des landwirtschaftlichen Produktionspotenzials (2080er Jahre, in % des Potenzials von 2000)



Quelle: Cline 2007.

Aus: Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008



Aus: Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008

Zahl, die sich in zwei Millionen zusätzlichen Fällen von Unterernährung bei Kindern niederschlägt. Armut erhöht die Anfälligkeit der Menschen für die Folgen von Klimarisiken, und Klimakatastrophen halten sie weiter in Armut gefangen. Der HDR zeigt die globalen Ungleichheiten bei der Fähigkeit zur Anpassung auf. „Wir treiben in eine Welt der ‚Anpassungs-Apartheid‘“, schreibt der frühere südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu in einem Sonderbeitrag für den HDR. In Entwicklungsländern muss die Anpassung von Regierungen gemeistert werden, die unter massiven finanziellen Einschränkungen agieren, und von den Armen selbst, heißt es im HDR. Am Horn von Afrika bedeute Anpassung, dass Frauen und junge Mädchen noch weitere Wege zu Fuß zurücklegen müssen, um Wasser zu holen. Im Ganges-Delta errichten die Menschen aus Bambus hochwassersichere Behausungen auf Stelzen. Die Bewohner des Mekong-Deltas pflanzen Mangroven an, um sich gegen Sturmfluten zu schützen, und dort lernen jetzt auch Frauen und Kinder schwimmen, um sich im Notfall retten zu können.

Zwar seien mehrere multilaterale Finanzierungsmechanismen zur Anpassung geschaffen worden, darunter der Fonds für die am wenigsten entwickelten Länder und der Sonderfonds Klimaänderungen. Doch über diese Mechanismen werden bislang kaum Mittel zur Verfügung gestellt. Der Gesamtumfang der Finanzierung habe bislang etwa 26 Millionen US-Dollar betragen, was etwa dem entspreche, was

Großbritannien in einer einzigen Woche für sein Hochwasserschutzprogramm ausgibt, heißt es im HDR.

Gefahr einer „ökologischen Schuldenkrise“

Die Ursachen des Klimawandels und seine kumulativen Wirkungen treten mit großer zeitlicher Verzögerung auf, stellt UNDP

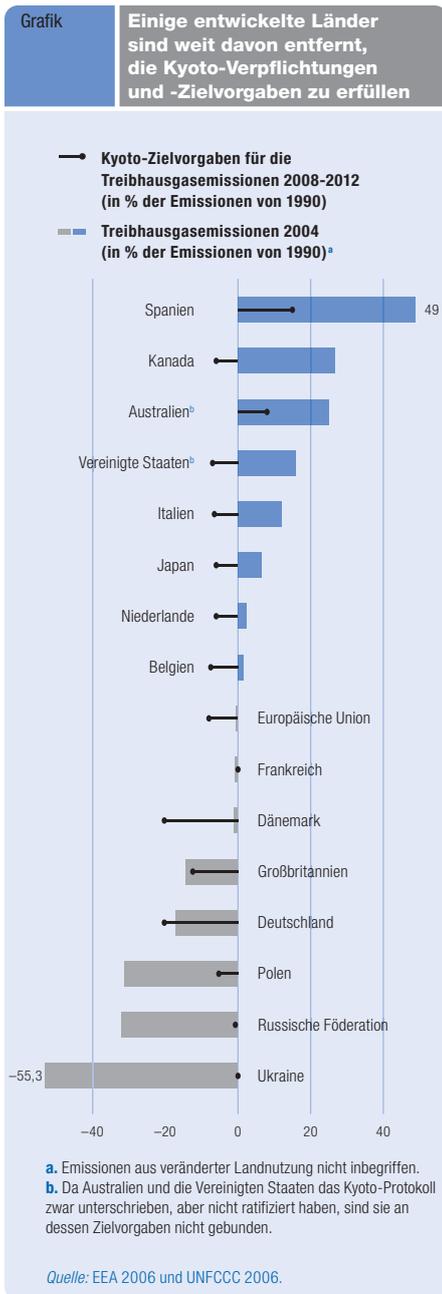
Tabelle

Ein Ansteigen des Meeresspiegels hätte gewaltige soziale und wirtschaftliche Auswirkungen

Größenordnung des Meeresspiegelanstiegs (in m)	Auswirkung (in % der Welt gesamt)					
	Landfläche	Bevölkerung	BIP	Städtische Fläche	Landwirtschaftliche Fläche	Feuchtgebiete
1	0,3	1,3	1,3	1,0	0,4	1,9
2	0,5	2,0	2,1	1,6	0,7	3,0
3	0,7	3,0	3,2	2,5	1,1	4,3
4	1,0	4,2	4,7	3,5	1,6	6,0
5	1,2	5,6	6,1	4,7	2,1	7,3

Quelle: Dasgupta et al. 2007.

Aus: Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008



Aus: Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008

fest. Das mache es so schwierig, zum raschen, kollektiven Handeln zu mobilisieren – zumal diejenigen, die das Problem überwiegend verursacht hätten – die reichen Länder – nicht diejenigen sein werden, die auf kurze Sicht am meisten darunter leiden werden. „Die Industrieländer stehen gegenüber den Entwicklungsländern in besonderer Verantwortung und müssen eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen“, betonte Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul anlässlich der Präsentation der deutschen

Ausgabe des HDR. Einer der wichtigsten Handlungspunkte sei die radikale Emissionsreduktion.

Deutschland steht in der Liste der größten CO₂-Emittenten an 6. Stelle – hinter den USA, China, Russland, Indien und Japan. Mit einem Anteil von 1,3 Prozent an der Weltbevölkerung produzieren die Deutschen 2,8 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Die Pro-Kopf-Emissionen sind zwar niedriger als in den USA, Kanada, Australien oder Japan, aber höher als in vielen anderen europäischen Industrieländern.

Der HDR macht deutlich, dass die meisten OECD-Länder weit davon entfernt sind, die Kyoto-Zielvorgaben zu erreichen. Dies wirft ein Licht auf die Diskrepanz, die in vielen EU-Ländern zwischen den politisch vereinbarten Zielen zur Senkung der Treibhausgasemissionen und der aktuell praktizierten Energiepolitik besteht. Den Autoren zufolge verursachen die reichen Länder eine ökologische Schuldenkrise, deren Auswirkungen die Armen der Welt am frühesten – und am heftigsten – zu spüren bekommen werden.

Die Entwicklungsländer sind zwar zunehmend an den globalen Emissionen beteiligt, doch die reichen Länder und zunehmend auch die Schwellenländer China und Indien sind immer noch mit großem Abstand führend bei der Anhäufung dieser CO₂-Schulden. Würden alle armen Bewohner der Erde die selbe Menge an Emissionen produzieren wie der Durchschnittseuropäer, dann wären vier Planeten nötig, um die entstehende Luftverschmutzung sicher zu bewältigen, heißt es im HDR. Legt man die Emissionen zugrunde, die im Durchschnitt von den Australiern verursacht werden, wären schon sieben Planeten nötig, und neun, wenn man sich an US-Amerikanern oder Kanadiern orientiert.

Vorbeugen hilft Kosten senken

Es müssen in der Gegenwart von allen Ländern Kosten getragen werden, die erst langfristig einen Nutzen erbringen. Dies wird politische Führungsstärke erfordern. Auch die führenden Entwicklungsländer müssen ihren Möglichkeiten entsprechend Verpflichtungen zur Emissionsreduzierung eingehen.

Es werden eine Reihe Finanzierungsmechanismen vorgeschlagen, die für die

Mobilisierung von Mitteln im Kampf gegen den Klimawandel in Betracht gezogen werden könnten. Dazu zählen die Besteuerung des CO₂-Ausstoßes, Mittelmobilisierung im Rahmen von Emissionshandelsprogrammen sowie zweckgebundene Abgaben für den Luftverkehr und Kraftfahrzeuge. Außerdem schlägt das HDR-Autorenteam vor, unter dem Dach des Kyoto-Rahmens eine Klimaschutzfazilität (CCMF) einzurichten, durch die pro Jahr 25 bis 50 Milliarden US-Dollar mobilisiert werden sollen. Diese sollen zur Förderung des Übergangs zu einem geringeren CO₂-Ausstoß in den Entwicklungsländern eingesetzt werden.

Mit jedem Jahr, in dem keine Einigung über die Senkung der Emissionen erzielt wird, nimmt die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu. Wenn der Klimaschutz nicht sofort ernsthaft in Angriff genommen wird, werden in 20 oder 30 Jahren die Anpassungskosten für die ärmsten Länder untragbar werden, so die eindringliche Warnung von UNDP.

Klimaschutz nicht auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit

Jedoch dürften, so meinte Guido Schmidt-Traub, Leiter des Unterstützungsteams für die Millenniums-Entwicklungsziele bei UNDP, die Maßnahmen zur Lösung der Entwicklungsproblematik sich nicht in Richtung Klimaschutz verschieben. „Kein Geld sollte für Klimaschutz ausgegeben werden, dass für die Entwicklungshilfe vorgesehen war. Die beiden Probleme stehen nicht im Konkurrenzkampf um Gelder, sondern im Gegenteil. Der Klimawandel stellt eine gewaltige Bedrohung für die Entwicklung dar und wird die Bedeutung der Entwicklungshilfe noch mehr in den Vordergrund schieben“, so Schmidt-Traub.

Der Bericht „Den Klimawandel bekämpfen“ kommt zu dem Schluss, dass „eine der bittersten Lektionen, die uns der Klimawandel erteilt, ist, dass das hinter dem Wachstum stehende Wirtschaftsmodell und der damit verbundene ungezügelter Konsum in den reichen Ländern ökologisch nicht tragbar sind“. Doch die Autoren argumentierten auch: „Die richtigen Reformen vorausgesetzt, ist es noch nicht zu spät, die Treibhausgasemissionen auf ein tragbares Niveau zu reduzieren, ohne auf Wirtschaftswachstum zu verzichten. Wachsen-



Jim Morin, USA

der Wohlstand und Klimasicherheit sind keine unvereinbaren Zielsetzungen.“

Nötige Reformen

Der Bericht befürwortet eine zusätzliche Finanzierung, um die Infrastruktur ‚klimasicherer‘ zu machen und die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Außerdem sei mehr internationale Unterstützung für Afrika südlich der Sahara nötig, um die Möglichkeiten zur Klimabeobachtung und den Zugang zu meteorologischen Informationen zu verbessern. Schließlich sollte die Anpassungsplanung in Strategien zur Minderung der Armut und extremer Ungleichheiten integriert werden.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass der Dissens über Verteilungsfragen den Weg nach vorne blockiert, ebenso wenig wie wir es uns leisten können, die volle Gewissheit über den genauen Verlauf des Klimawandels abzuwarten, bevor wir zu handeln beginnen,“ betonen UNDP-Administrator

Kemal Derviş und Achim Steiner, Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) in ihrem gemeinsamen Vorwort. Die Welt verfüge sowohl über das Geld, als auch über die

technischen Möglichkeiten, das Problem anzugehen. Nun sei der politische Wille zum raschen, gemeinsamen Handeln gefordert.

Christina Kamp

Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008. Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt.

Deutsche Ausgabe. Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berlin, 2007, 440 Seiten. ISBN: 978-3-923904-64-8. Kurzfassung und weitere Informationen zum Bericht: www.dgvn.de

Englische Originalausgabe:

Human Development Report 2007/2008. Fighting climate change. Human solidarity in a divided world.

United Nations Development Programme (UNDP), Genf, 2007, 400 Seiten, ISBN 9780230547049. Im Internet zum Download verfügbar unter <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2007-2008>

Bezug:

UNO-Verlag Bonn

E-Mail: info@uno-verlag.de, Internet: www.uno-verlag.de

Müttergesundheit muss Priorität bekommen

Weltkonferenz zur Müttersterblichkeit vom 18. bis 20. Oktober 2007 in London

Jede Minute stirbt eine Frau an den Folgen von Schwangerschaft und Geburt. Dies war nur einer von vielen Fakten, die bei der Weltkonferenz zur Müttersterblichkeit Mitte Oktober in London dargestellt und analysiert wurden. 20 Jahre nach der internationalen Konferenz für sichere Mutterschaft in Nairobi galt es zu untersuchen, inwieweit die Situation werdender Mütter sich seither verbessert hat. Etwa 1.800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 109 Ländern vertraten Regierungen, internationale Organisationen wie das Kinderhilfswerk UNICEF und die Weltgesundheitsorganisation (WHO), soziale Bewegungen und medizinische Berufsvereinigungen.

In London wurde intensiv diskutiert, wie das UN-Millenniums-Entwicklungsziel, die Müttersterblichkeit bis 2015 gegenüber

1990 auf ein Viertel zu reduzieren, doch noch erreicht werden kann. Die absolute Zahl der Todesfälle von Müttern während

oder unmittelbar nach der Geburt hat sich von 1990 bis 2006 lediglich von 576.000 im Jahr auf 535.000 vermindert. Und diese geringen Erfolge konzentrierten sich zudem auf einige Schwellenländer, während in den meisten Ländern in Afrika südlich der Sahara kein Rückgang der Müttersterblichkeit erreicht wurde.

Verschiedene Einflussfaktoren

Die Hälfte aller weltweiten Todesfälle tritt in diesem Teil der Welt auf. 99 Prozent der Frauen, die bei der Geburt sterben, leben in wirtschaftlich armen Ländern. Die bei der Konferenz anwesenden Politikerinnen und Politiker aus 70 Ländern stellten in einer Erklärung fest: „Wir nehmen wahr, dass Armut, Einkommensungleichheit, Unterentwicklung, die Kluft zwischen den Möglichkeiten von Frauen und Männern, Diskriminierung, schlechte Bildungsmöglichkeiten, Konflikte, Gewalt aufgrund des Geschlechts sowie Nahrungsmittel- und Ernährungsmangel alles Faktoren sind, die zur schlechten Gesundheitssituation von Frauen und Kindern beitragen.“

Frühe Heirat als Risiko

Nicht nur ist die Müttersterblichkeit in solchen sozialen Kontexten hoch, sondern Hunderttausende anderer Frauen erleiden bei Geburten schwere gesundheitliche Schäden. Dies gilt besonders für Mädchen, die schon mit 13 oder 14 Jahren zur Heirat gezwungen werden und bald danach ihr erstes Kind zur Welt bringen. Die Risiken, bei der Geburt zu sterben oder schwere gesundheitliche Schäden zu erleiden, steigen auch dann, wenn Frauen kurz hintereinander Kinder zur Welt bringen. Diese häufigen Schwangerschaften erfolgen meist gegen den Willen der



Musa Salagbi, Guinea

Frauen. Die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen in Fragen von Partnerschaft, Sexualität und Familienplanung sind deshalb nach Auffassung einer Organisation wie UNICEF ein wichtiger Schritt zur Verminderung der Müttersterblichkeit.

Unterschied zwischen Arm und Reich

Auf keinem anderen Gebiet der Gesundheitsversorgung ist der Unterschied zwischen Arm und Reich so krass wie bei der Betreuung von Schwangeren und von Müttern bei der Geburt, wurde auf der Konferenz festgestellt. Die Folge ist, dass im südlichen Afrika jede 16. Frau durch Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt eines ihrer Kinder stirbt. In den Industrieländern ist es jede 7.300ste Frau. Bei der Konferenz in London wurde eine lange Liste der Gründe für die katastrophale Situation in Afrika und anderen wirtschaftlich armen Regionen der Welt aufgestellt: Unterernährung oder Mangelernährung vieler Mütter, Eisenmangel, übermäßige Arbeitsbelastung während der Schwangerschaft, zu geringe Zahl ausgebildeter Hebammen und anderer medizinischer Fachkräfte (besonders in ländlichen Gebieten), fehlende Geburtsstationen in der Nähe und fehlende Transportmöglichkeiten zum nächsten Krankenhaus im Falle von Komplikationen. Von Delegierten aus dem Süden wurde kritisiert, dass viele der ausgebildeten medizinischen Fachkräfte von den Industriestaaten abgeworben werden.

Konkurrenz um Hilfgelder

Die hohe Müttersterblichkeit ist eng verwoben mit anderen Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialproblemen. So erklärte Thoraya Obaid, Vorsitzende des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA), in einem Interview in London zu den Ursachen der hohen Müttersterblichkeit: „Der erste und wichtigste Grund ist sozialer Art: der geringe soziale Status der Frauen. Staats- und Regierungschefs sehen das Leben und die Gesundheit von Frauen nicht als politische Priorität an, sie investieren in andere Sektoren.“ Sorge bereitet Thoraya

Obaid auch, dass die Einwerbung von Mitteln schwieriger wird: „Es gibt einen Wettbewerb um die Finanzmittel der fördernden Stellen, und die Zunahme von HIV/Aids hat dazu geführt, dass hierfür viele Mittel von anderen Aufgaben abgezogen wurden.“ So haben sich die Mittel für Familienplanungsprogramme in den letzten 20 Jahren vermindert, während sie für Programme gegen HIV/Aids stark gestiegen sind. Besondere Schwierigkeiten gibt es in der Zusammenarbeit des UN-Bevölkerungsfonds mit den USA. „Die Worte ‚Sexualität‘ und ‚Reproduktion‘ werden von einem unserer bisherigen Hauptförderer als Euphemismen für die Unterstützung von Abtreibungen angesehen“, bedauert Thoraya Obaid. Die US-amerikanische Regierung hält ihre Mittel für den UN-Bevölkerungsfonds seit 2002 mit dem Vorwurf zurück, das Programm fördere aktiv Abtreibungen und Sterilisierungen. Das erschwert die Finanzierung von Programmen zur Verminderung der Müttersterblichkeit.

Gesundheit als Erfolgsfaktor

Dort, wo intensiv und systematisch versucht wird, die Ursachen der Müttersterblichkeit zu beseitigen, konnten in den letzten Jahren deutliche Erfolge erzielt werden. So wurde die Sterblichkeitsrate in Sri Lanka innerhalb von 12 Jahren halbiert. Die Erfahrung zeigt, dass solche Investitionen in die Gesundheit der Mütter sich auch wirtschaftlich auszahlen, während der Tod oder eine lange Krankheit der Mutter für die betroffene Familie und für die Gesellschaft auch wirtschaftlich einen großen Verlust darstellen. Joy Phumaphi, Vizepräsidentin der Weltbank und frühere Gesundheitsministerin von Botswana, betonte bei der Konferenz in London: „Gute Gesundheit wurde bisher oft als Ergebnis wirtschaftlichen Wachstums angesehen, aber zunehmend wird wahrgenommen, dass gute Gesundheit und ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ein ganz wesentlicher Faktor für die Erhöhung des Wirtschaftswachstums sind. Die Ausbildung von Mädchen, gleiche Chancen für Frauen in der Wirtschaft und weniger Haushalte, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sind unverzichtbare Bestandteile einer Strategie, die zum Ziel hat, dauerhaft eine

gute gesundheitliche Situation von Frauen und ihren Kindern zu erreichen.“

Zentrale Herausforderungen

In der Schlusserklärung der Konferenz in London wurden drei zentrale Aufgaben genannt, um die Sterblichkeit von Müttern und neu geborenen Kindern zu reduzieren: ein umfassendes reproduktives Gesundheitssystem, die Betreuung von Schwangerschaften und Geburten durch ausgebildetes medizinisches Personal und ein wirksames System der raschen medizinischen Versorgung im Falle von Komplikationen bei der Geburt. Die Regierungen der Geberländer sowie internationale Entwicklungsorganisationen sind aufgefordert, mehr zu tun, um diese Ziele zu verwirklichen. Außerdem gelte es, die Bevölkerung vor Ort intensiv in solche Vorhaben einzubeziehen und den Bedürfnissen der Armen und Marginalisierten Priorität einzuräumen.

Mehr Mittel für Mütter

Am Ende der Konferenz in London standen Zusagen von Regierungen, internationalen Organisationen und einzelnen Unternehmen, mehr zu tun, damit die Müttersterblichkeit in armen Regionen der Welt drastisch vermindert werden kann. So kündigte die britische Regierung an, 200 Millionen US-Dollar für den UN-Bevölkerungsfonds zur Verfügung zu stellen, um die reproduktive Gesundheitsversorgung in armen Ländern zu verbessern. Norwegen will eine Milliarde US-Dollar bereitstellen, damit die Millenniums-Entwicklungsziele im Bereich Gesundheit doch noch erreicht werden können. Die japanische Regierung kündigte an, globale Gesundheitsprobleme und besonders die hohe Müttersterblichkeit zu einem Schwerpunktthema beim G8-Treffen 2008 in Japan zu machen.

Frank Kürschner-Pelkmann

Frank Kürschner-Pelkmann arbeitet als freier Journalist zu entwicklungspolitischen und ökologischen Themen in Hamburg.

Weitere Informationen im Internet:
www.womendeliver.org

Soziale Absicherung als Weg aus der Armut

Internationale Fachtagung am 18./19. September 2007 in Berlin

Das Thema soziale Sicherheit wird auch gerade wegen der demographischen Entwicklung und der Dynamik der Globalisierung in vielen Ländern aktuell. Auf der internationalen Fachtagung „Soziale Sicherungssysteme in Entwicklungs- und Schwellenländern: Utopie oder Strategie zur Armutsbekämpfung und Friedenssicherung?“ Mitte September in Berlin wurde gezeigt, dass eine Absicherung im Krankheitsfall, die Vorsorge für das Alter und andere Formen der sozialen Sicherheit dazu beitragen können, Armut zu vermeiden und Entwicklung zu fördern.

Soziale Absicherung ist ein Menschenrecht und in zahlreichen internationalen Abkommen verankert. Die Tagung, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) in Zusam-

menarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) analysierte die Bedeutung sozialer Sicherungssysteme und präsentierte konkrete Modelle an Beispielen aus Afrika, Asien

und Lateinamerika. Dabei wurden die Rolle der UN und der bilateralen Kooperation aufgezeigt sowie die Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit identifiziert.

In vielen Entwicklungs- oder Schwellenländern, wie z. B. Indien, verfügen nur die wenigsten Menschen über eine Rente und vertrauen daher darauf, dass ihre Kinder sie im Alter unterstützen. Wer beispielsweise im Jemen erkrankt, muss die Arztrechnung aus eigener Tasche bezahlen. Viele verkaufen ihr Hab und Gut und suchen häufig erst Hilfe auf, wenn es schon zu spät ist – für viele wird die Krankheit somit zur Armutsfalle.

Formelle Systeme schließen vor allem die ländliche Bevölkerung und die Menschen im informellen Sektor aus, häufig gerade auch Frauen, stellte Katharina Müller, Professorin für Sozialpolitik an der Hochschule Mannheim, fest. Die meisten Menschen verlassen sich auf informelle Solidarnetzwerke, z. B. die Familie oder kommunale und religiöse Strukturen. Arbeitslosigkeit und Migration führen jedoch vermehrt dazu, dass der eigene Nachwuchs diese informellen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen kann. Hinzu kommen die beschleunigte Alterung der Bevölkerung, die die traditionellen Systeme zunehmend überstrapazieren und die Aids-Pandemie, die viele Menschen im erwerbsfähigen Alter das Leben kostet.

Soziale Sicherungssysteme helfen das Leben armer Familien berechenbarer zu machen, so dass sie nicht ihr Produktivvermögen verkaufen oder ihre Kinder aus der Schule nehmen müssen, meint Stephen Kidd, Chef der Politikabteilung der Hilfsorganisation HelpAge. Erfahrungen aus Malawi und Mexiko hätten gezeigt, dass Transferleistungen in Konsum umgesetzt werden und zu wirtschaftlichem Wachstum beitragen.

„Sozialtransfers sind ein wesentliches Instrument zur Bekämpfung von Armut



Alexandre Franco, Brasilien

und sozialer Ausgrenzung“, sagt auch Michael Cichon vom Internationalen Arbeitsamt in Genf. Doch dieses Instrument werde in nationalen Armuts- und Entwicklungsstrategien noch zu wenig genutzt. Soziale Sicherheit bedeute nicht soziale Kosten sondern Investitionen z.B. in die Armutsminderung, die Arbeits- und Lebensqualität, den gesellschaftlichen

Zusammenhalt sowie Frieden und globale Sicherheit, betonte Christina Behrendt, Expertin für soziale Sicherungssysteme bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Kostenschätzungen der ILO hätten gezeigt, dass auch sehr arme Länder sich zumindest ein bescheidenes Niveau an sozialer Sicherheit leisten können, indem sie ein Paket aus elementaren Gesundheits-

leistungen für die gesamte Bevölkerung sowie Geldleistungen für ältere Menschen und Familien mit Kindern bieten. Somit, so das Fazit, sei die eigentliche Frage nicht, ob sich Entwicklungsländer soziale Sicherheit leisten können, sondern ob sie es sich leisten können, ihrer Bevölkerung keine soziale Sicherheit zu bieten.

Christina Kamp

Menschliche Entwicklung braucht soziale Sicherheit

Social Watch Report 2007

Systeme zur sozialen Sicherung müssen künftig weltweit stärker ausgebaut und auch in der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt werden. Zu diesem Ergebnis kommt der Social Watch Report 2007. Unter dem Titel „Würde und Menschenrechte wahren“ beleuchtet der Report vor allem die Frage, wie weltweit soziale Sicherungssysteme geschaffen werden können, die allen Menschen zugute kommen.

„Gerade angesichts verbreiteter Versuche, dieses Recht ökonomischen Sachzwängen unterzuordnen, muss mit Nachdruck daran

erinnert werden, dass das Recht auf soziale Sicherheit seit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschen-

rechte im Jahre 1948 zum festen Menschenrechtskanon gehört“, schreibt Klaus Heidel im Vorwort zur deutschen Ausgabe.

Nach Artikel 9 des internationalen Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte gehört es zu den staatlichen Pflichten, den Zugang zu sozialer Sicherheit zu gewährleisten und Sicherheitsnetze für Notfälle bereitzustellen. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung hat allerdings keinen Zugang zu einer ausreichenden sozialen Sicherung. „Die internationale und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sollten den Ausbau von Systemen der sozialen Sicherung künf-

tig deutlich stärker unterstützen“, fordert Wilfried Steen, Vorstandsmitglied des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED). „Eine einseitige Ausrichtung auf privatisierte Systeme, wie die Weltbank sie durchzusetzen versucht, ist keine Lösung“, betont Steen.

Insgesamt belegt also der diesjährige Social Watch Deutschland Report die Notwendigkeit, mit neuen – auch juristischen – Instrumenten das Recht auf soziale Sicherheit zu verwirklichen. Dies legen auch einige Statistiken zur sozialen Entwicklung weltweit und zur Gleichstellung der Geschlechter in diesem Bericht nahe, der auf der internationalen Ausgabe des Social Watch Reports aufbaut.

Seit 2001 wird der Bericht regelmäßig von Social Watch Deutschland herausgegeben, einem Zusammenschluss von 28 entwicklungs- und sozialpolitischen Organisationen und Institutionen, politischen Stiftungen und Gewerkschaften.

Christina Kamp

Social Watch Report Deutschland 2007. Würde und Menschenrechte wahren. Das Recht auf soziale Sicherheit für alle verwirklichen.

Social Watch Deutschland/Forum Weltsozialgipfel (Hg.), 2007, 105 Seiten., ISBN 3-924493-80-4. Im Internet abrufbar z. B. unter www.eed.de.



René Bouchet, Frankreich

Unterwegs in Afrika

Flucht und Migration nehmen zu

Nicht nur in Europa, auch in anderen Ländern des eigenen Kontinents sind Afrikanerinnen und Afrikaner oft nicht willkommen, wenn sie auf der Suche nach einem besseren Leben oder dem bloßen Überleben ihre Heimat verlassen. Dennoch nimmt die Bevölkerungswanderung innerhalb Afrikas ständig zu.

Die erste Enttäuschung erlebte Precious Kunonga gleich auf dem Busbahnhof von Gaborone. Niemand war da, um die 26-jährige Simbabweerin zu begrüßen. Dabei hatten ihre Freundinnen und Freunde ihr geschrieben, wie gut das Leben in Botswana sei und sie solle kommen. Aber nun verbrachte sie erst einmal drei Nächte ohne Geld auf dem Busbahnhof. Sie lernte, allein in der Fremde zu leben. Inzwischen verdient sie Geld mit Gelegenheitsjobs, wohnt zusammen mit vier anderen Frauen in einem kleinen Raum – und hofft, dass die Polizei sie nicht festnehmen wird. Denn dann droht die sofortige Abschiebung in eine Heimat, wo die Inflation weit über 1.000 Prozent im Jahr liegt und die Arbeitslosenrate 80 Prozent erreicht hat.

Dass immer mehr Simbawber ebenfalls illegal in das relativ reiche Botswana kommen, wird für Precious Kunonga zum Problem. Der UN-Nachrichtenagentur IRINnews sagte sie im März 2007: „Als ich hier ankam, war es einfacher, Geld zu verdienen. Aber seit hier Tag für Tag immer mehr Menschen aus Simbabwe eintreffen,

ist der Wettbewerb um die Jobs immer härter geworden. Schlimmer noch ist, dass die Einheimischen uns verspotten und uns zurufen, wir sollten nach Simbabwe zurückkehren und dort unsere Probleme lösen.“ Inzwischen haben etwa drei Millionen Menschen das völlig verarmte Simbabwe verlassen. Die meisten sind nach Südafrika geflüchtet, andere nach Botswana. Beide Länder haben inzwischen die Grenzfestigungen ausgebaut und deportieren Tausende zurück in das heimatliche Elend. Aber viele der zwangsweise Zurückgekehrten sehen dort keine Lebensperspektiven mehr und unternehmen immer neue Versuche, in die reicheren Nachbarländer zu gelangen. Dabei gehen sie auch große Risiken ein, etwa dann, wenn sie durch den Grenzfluss Limpopo schwimmen, in dem zahlreiche Krokodile leben.

Zunehmende Kluft

Ein Grund für die zunehmende grenzüberschreitende Migration in Afrika ist das wachsende Auseinanderklaffen der wirt-

schaftlichen und sozialen Entwicklung zwischen den Ländern des Kontinents. Zwar gab es immer Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen, aber der Prozess des Auseinanderdriftens hat sich in den letzten Jahren beschleunigt. Unter den Bedingungen der Globalisierung wird eine verantwortungslose Regierungsführung mehr denn je „bestraft“, und das heißt, dass viele Länder noch stärker von der internationalen Wirtschaft abgekoppelt werden. Das beschleunigt den Zerfall von Staaten und verstärkt den Prozess der gewaltsamen Aneignung der verbliebenen Ressourcen durch rivalisierende bewaffnete Gruppen. In Staaten wie Somalia und der DR Kongo sehen viele Bürgerinnen und Bürger nur noch Überlebenschancen, wenn sie so rasch wie möglich ins Ausland ziehen.

Gewalt fördert Migration

Gewaltsame ethnische Auseinandersetzungen beschleunigen diesen Prozess. Gerade für diese Flüchtlinge ist es schwierig, in die Heimat zurückzukehren, etwa für die 75.000 Menschen, die 1989 bei ethnischen Konflikten von mauretischen Truppen ins Nachbarland Senegal vertrieben wurden. Viele leben noch immer im Senegal, weil sie in der Heimat Verfolgung und rassistische Diskriminierung befürchten. Nicht vergessen werden darf die große Zahl von Frauen, Männern und Kindern, die besonders in Westafrika mit falschen Versprechungen oder unter Zwang in Nachbarländer gebracht werden, wo sie unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten müssen.

Bevorzugte Ziele von Migrantinnen und Migranten bleiben Europa und Nordamerika. Aber wer es dorthin nicht schafft, flüchtet zumindest in wirtschaftlich und sozial stabile Staaten des eigenen Kontinents. Die Länder, aus denen die Menschen flüchten, verlieren dadurch einen erheblichen Teil ihrer bisher wirtschaftlich tätigen Bevölkerung und besonders besser gebildete Menschen, denn die haben im Ausland die besten Chancen auf einen Job.



Gado (Godfrey Mwampembwa), Tansania

Das eigene Überleben sichern

Aber während diejenigen, die nach Übersee ausgewandert sind, häufig größere Geldbeträge an die Familien in die Heimat zurücksenden, sind viele Migranten in afrikanischen Nachbarstaaten froh, das eigene Überleben zu sichern. Und je mehr Flüchtlinge kommen, desto größer wird wie in Botswana ihre Konkurrenz untereinander um die wenigen Aushilfsjobs. Die wenigen, die dennoch Erfolg haben und mit einem gewissen Wohlstand in die Heimat zurückkehren, nähren die Hoffnung vieler anderer, auch jenseits der Grenze ein besseres Leben zu finden.

Wie viele Menschen von einem in ein anderes afrikanisches Land ausgewandert sind, lässt sich nicht einmal grob schätzen. Ein Grund ist, dass viele ethnische Gruppen durch die willkürlich in der Kolonialzeit gezogenen Grenzen heute in zwei oder drei Staaten leben und oft die Grenzen ignorieren, wenn sie mit ihren Herden neue Weideflächen suchen oder wenn sie heiraten. Auch gibt es eine wachsende Zahl von Menschen, die für einige Wochen oder Monate im Nachbarland arbeiten und dann wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Der wachsende Bevölkerungsdruck in Ländern wie Ruanda und Burundi beschleunigt diese Migrationsprozesse. So schätzt die tansanische Regierung, dass etwa 100.000 Angehörige von Viehzüchterfamilien aus den Nachbarländern mit ihren Herden nach Tansania gezogen sind und dort ihr Vieh weiden lassen. Das trägt nach Einschätzung tansanischer Regierungsstellen zur Überweidung im Nordwesten des Landes bei, und es wird versucht, die Menschen und ihre Herden in die Heimatländer zurückzuschicken.

In der Afrikanischen Union, dem Zusammenschluss aller afrikanischen Staaten, und der SADC, der Wirtschaftsgemeinschaft im südlichen Afrika, gibt es Überlegungen, allen Bürgerinnen und Bürgern zu erlauben, in dem afrikanischen Land zu leben und zu arbeiten, in dem sie dies möchten. Der Traum von den Vereinigten Staaten von Afrika würde so in einem konkreten Bereich mit Leben gefüllt. Allerdings: Solange in verschiedenen Ländern Bürgerkriege herrschen und in anderen Ländern verantwortungslose Regime die Wirtschaft ruinieren und eine Massen-



Carlos Alberto de Costa Amorim, Brasilien

verarmung auslösen, werden die relativ wohlhabenderen Staaten dazu tendieren, sich gegen eine Zuwanderung von Millionen Menschen zu wehren.

Unmenschlicher Umgang mit Migranten

In Südafrika setzen manche Politiker und hohe Beamte offenbar auf eine „Abschreckungsstrategie“. Als Mitte Oktober 2007 die Mitglieder eines Ausschusses des Südafrikanischen Parlaments unangekündigt das Flüchtlingszentrum von Kapstadt besuchten, waren sie entsetzt über die dortigen Zustände und äußerten, die Flüchtlinge würden unmenschlich und wie Tiere behandelt. Mit den für das Zentrum verantwortlichen Beamten konnten sie über die Missstände nicht sprechen, denn diese hatten das Zentrum bei der Ankunft der Parlamentarier fluchtartig verlassen. Der zuständige Minister blieb zwei Mal den Sitzungen des Parlamentsausschusses fern, um nicht Rede und Antwort zu stehen für die skandalösen Zustände. Aber vor der Frage, wie man menschlich mit Migrantinnen und Migranten umgeht, kann man weder in Südafrika noch anderswo auf dem Kontinent flüchten oder sie verleugnen.

Internationales Flüchtlingsrecht greift nicht

Es zeigt sich in Afrika – wie in Europa –, dass das bisherige Flüchtlingsrecht nicht geeignet ist, mit den zunehmenden Bevölkerungsbewegungen umzugehen. Die meisten der Zuwanderer können eine in-

dividuelle Verfolgung und Gefährdung von Leib und Leben nicht nachweisen, wie sie in Südafrika für die Anerkennung als politischer Flüchtling gefordert wird. Diese Menschen sind aber auch nicht als „Wirtschaftsflüchtlinge“ im engeren Sinne zu verstehen, weil der wirtschaftliche Niedergang der Heimat ganz wesentlich verursacht wird durch politische Regime, die das Land ausgeplündert und durch ihre Politik in den wirtschaftlichen Ruin getrieben haben. Potenziell reiche Länder wie die DR Kongo werden von der korrupten politischen Elite und internationalen Bergbaukonzernen in engster Zusammenarbeit ausgeplündert. Hinter jedem „Wirtschaftsflüchtling“ steht deshalb eine lange Geschichte der systematischen politischen und militärischen Zerstörung der Heimat. Wenn die etwas wohlhabenderen afrikanischen Staaten eine Situation vermeiden wollen, in der sie immer höhere Zäune bauen und immer mehr Menschen abschieben, haben sie nur eine Möglichkeit: Sie müssen den Druck auf die verantwortungslosen Regime erhöhen, die den Migrationsdruck auslösen, und sie müssen den ärmeren Nachbarländern helfen, wirtschaftlich voranzukommen. Bevor Precious Kunonga freiwillig in ihre Heimat zurückkehren wird, muss sich in Simbabwe vieles ändern. Sie weiß, wer für die Misere in der Heimat die Schuld trägt. „Good Governance“, eine verantwortungsbewusste Regierungspolitik, ist die Grundvoraussetzung dafür, dass nicht immer mehr Menschen in Afrika gezwungen werden, ihre Heimatländer zu verlassen.

Frank Kürschner-Pelkmann

Weltgesundheitsbericht 2007

Alte und neue Krankheitserreger, die sich infolge der Globalisierung schneller ausbreiten könnten als früher, stellen laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine zunehmende Bedrohung dar. Die Gefahren, die damit verbunden sind, könnten nur durch eine bessere Kooperation der einzelnen Länder abgewendet werden, heißt es im Weltge-

sundheitsbericht 2007. Der Bericht „A safer future: global public health security in the 21st century“ macht deutlich, dass kein Land sich alleine vor Epidemien schützen kann. Die International Health Regulations (2005) sollen dazu beitragen, dass die Länder bei der Identifikation von Risiken und ihrer Kontrolle besser zusammenarbeiten.

Literatur/Materialien

World Health Report 2007. A safer future: Global public health security in the 21st century. World Health Organisation (WHO), Genf, 2007. 170 Seiten. ISBN 9789241563444.

ck

Karikaturenwettbewerb Afrika

In einem global ausgeschriebenen Wettbewerb der Zeitschrift „eins Entwicklungspolitik“, in Zusammenarbeit mit dem Dritte Welt Journalisten-Netz, blickten Karikaturisten aus verschiedenen Teilen der Welt auf Afrika. Mit spitzer Feder spießten sie den krisengeschüttelten Kontinent auf, mit all seinen Problemen und Herausforderungen, aber auch Chancen und Erneuerungsbestrebungen. Der erste Preis ging an den südafrikanischen Karikaturisten Jonathan

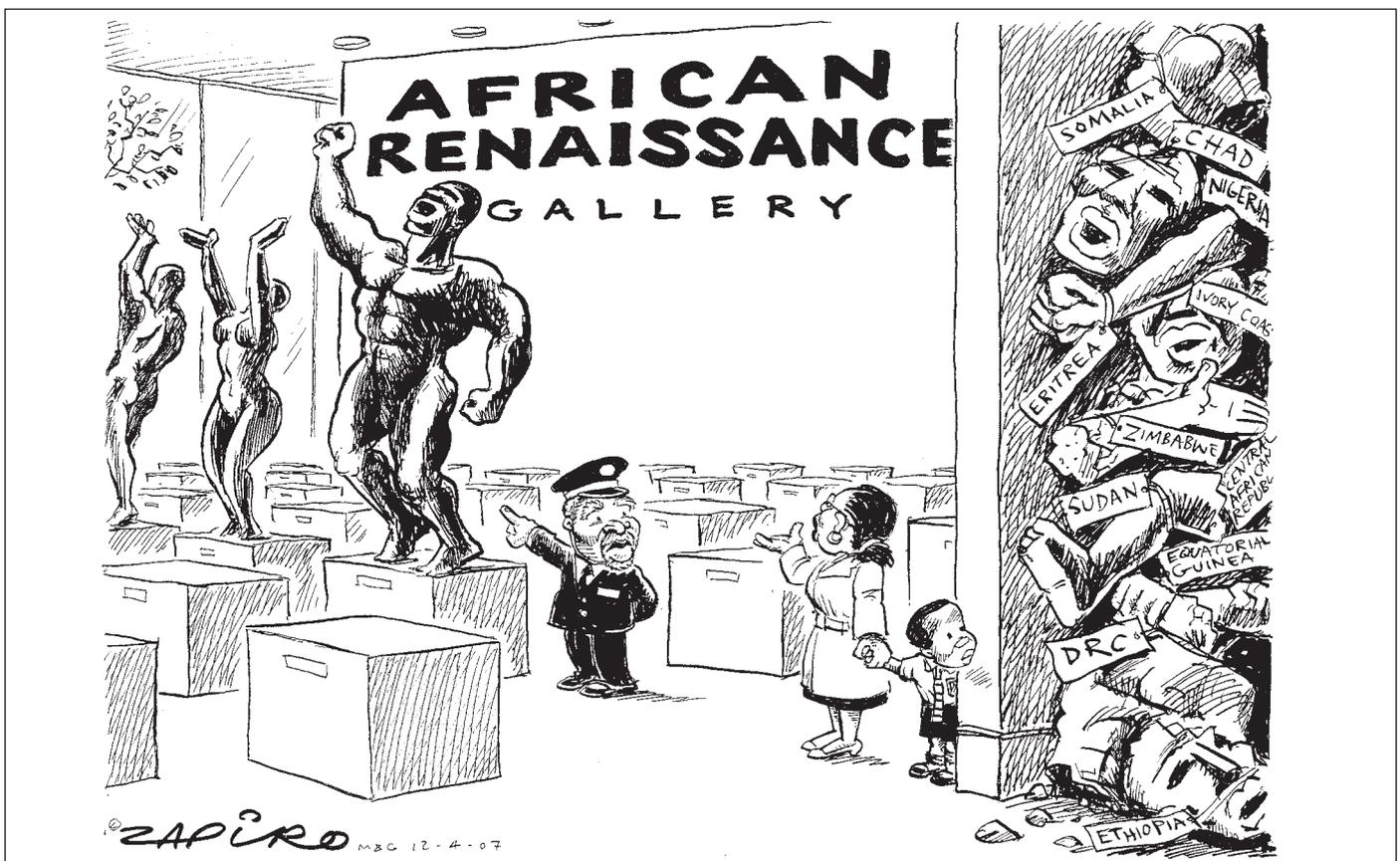
Shapiro („Zapiro“, s. u.), der sich skeptisch mit den Visionen von einer afrikanischen Renaissance auseinandersetzt, die der südafrikanische Staatschef Thabo Mbeki propagiert. Der zweite Preis ging an den Franzosen René Bouchet (s. S. 9), der dritte an den Österreicher Wolfgang Ammer. Einen Sonderpreis des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) erhielt der Südafrikaner Siphwo Sobopha. Als Favorit der Redaktion „eins Entwick-

lungspolitik“ wurde die Karikatur von Godfrey Mwanpembwa (Gado) aus Tansania gekürt, in der Afrika als Licht am Ende des Tunnels erscheint (s. S. 10). Aus den 30 besten Karikaturen ist eine Wanderausstellung entstanden, die vor allem an Schulen ausgiehen werden soll.

Weitere Informationen im Internet:

www.cartoon-competition.org

ck



Jonathan Shapiro („Zapiro“)